

Bernhard-Weiß-Str. 6  
10178 Berlin-Mitte

U+S Alexanderplatz

Landeselternausschuss Berlin  
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie ■ Bernhard-Weiß-Str. 6 ■ D-10178 Berlin

An  
den Regierenden Bürgermeister  
Michael Müller  
die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

nachrichtlich:  
bildungspolitische Sprecher\_innen im Abgeordnetenhaus

Vorsitzender Norman Heise  
Geschäftsstelle Andrea Schreiber  
Zimmer 5A09  
Telefon 030 90227 5684  
Zentrale ■ intern 030 90227 50 50 ■ 9227  
Fax 030 90227 6104  
E-Mail LEA@senbjf.berlin.de

Internet [www.leaberlin.de](http://www.leaberlin.de)

Datum 23.02.2019

## Beschluss vom 22.02.2019

### **In der Berliner Bildungspolitik ist es Fünf nach Zwölf! Bildungspolitik muss in Berlin Chefsache werden! Gerechte und solidarische Verteilung der Quereinsteiger berlinweit!**

Der Landeselternausschuss hat auf seiner Sitzung am 22. Februar 2019 folgenden Beschluss gefasst:

Wie gut das Lernen in der Schule gelingt, hängt von zahlreichen Faktoren ab. Doch kaum etwas ist wichtiger als das qualifizierte Agieren der Lehrperson im Unterricht. Spätestens seit den evidenten Untersuchungsergebnissen des neuseeländischen Bildungsforscher Hattie steht außer Frage, dass Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit entscheidend von gut ausgebildeten Lehrkräften abhängen.

Quereinsteigende und Seiteneinsteigende (QE/SE) sind zu Beginn ihrer Schultätigkeit keine vollausgebildeten Lehrer\_innen und brauchen adäquat unterstützende Begleitung. Im Grundschulbereich und damit in der die Schulanfänger\_innen prägende Alphabetisierungsphase verzeichnen die jüngsten Zahlen jedoch den höchsten Zuwachs an QE/SE, stark konzentriert auf einige Bezirke und soziale Brennpunktschulen.

Berlin kann sich keine neuen „Bildungs-Baustellen“ erlauben!

Der Landeselternausschuss fordert den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, deshalb auf,

- eine Quotierung von Quer- und Seiteneinsteigenden zur Chefsache zu erheben, um in allen Schulen Berlins Chancengleichheit herzustellen. Pro Lehrerkollegium dürfen max. 1/8 Quereinsteigende und sonstige nicht vollausgebildete Lehrkräfte eine Unterrichtsverpflichtung haben! (siehe auch Forderungen des Landeselternausschusses Berlin zur Bekämpfung des Lehrkräftemangels vom 29.06.2018)
- ein Referat mit erweiterter Handlungsbefugnis zu installieren, das sich der vorgenannten Problematik umgehend annimmt,
- umgehend einen Krisenstab unter Mitwirkung aller relevanten Berliner Lehrkräfteverbände und des Landeselternausschusses einzusetzen.

Der Landeselternausschuss fordert erneut in dieser akuten Notsituation weiterhin kreative und mutige Denk- und Entscheidungsprozesse. Berlin muss handeln!